

Jahresrückblick (2013) der nationalen Plattform zu den Sans-Papiers

Wieder begann 2013 mit den aufwändigen Vorbereitungen für das jährliche bundesrätliche Gespräch mit Simonetta Sommaruga. Es fand am 14. Mai statt. Zwei der bisherigen Delegierten, Mirjam Ringenbach (BS) und Marianne Halle (GE) mussten wegen Geburtsterminen ersetzt werden.

Diesmal lag der wunde Punkt der evaluierten Härtefallpraxis bei den Härtefallregelungen aus medizinischen Gründen sowie bei solchen voni getrennten/geschiedenen Ehefrauen aus gewalttätigen Ehen. Sowohl das BFM wie die Gerichte auf Bundesebene zeigten sich da sehr restriktiv. Mit vielen Beispielen wurde wieder eine lange Liste zusammengetragen.

Wie schon das letzte Mal zeigte sich BR Sommaruga interessiert, wunderte sich aber, dass es nicht mehr Eingaben zur Lehrstellenregelung gegeben hat. Auch die Medien wunderten sich. Unseres Erachtens liegt der Grund in den zu hoch angesetzten Voraussetzungen für eine solche Regelung. Das HEKS mit Nina Gilgen will nun den Grund empirisch untersuchen (lassen).

Das Jahr 2013 war für die Basisorganisationen der nationalen Plattform wieder eines der Strassenaktionen: Die Kampagne „keine Hausarbeiterin ist illegal“ oder „Hausarbeit aufwerten – Sans-Papiers legalisieren“ wurde am 13.4. mit einer Bundesplatzaktion und einer gut besuchten Medienkonferenz eröffnet. Es gab Strassentheater, die eigens kreierte Schürzen kamen bei zahlreichen Strassenputz- oder Denkmal-Aktionen zum Einsatz. Koordiniert wurden die lokalen Aktionen von einem nationalen Kampagnenverein, der Salvi Pittà als Koordinatoren anstellte. Aufgabe des Vereins waren nicht nur die nationalen Aktionen, sondern auch das Lobbying im Bundesparlament. Aktuell ging es um die Ratifizierung der ILO-Konvention zur Arbeit der Hausangestellten. Das Geschäft wurde immer wieder verschoben. Streitpunkt war dabei, ob die Ratifizierung gesetzgeberische Konsequenzen haben sollte.

Die anderen Forderungen der Hausangestelltenkampagne (Legalisierung und erleichterter Zugang zu den Sozialversicherungen) fanden unter bürgerlichen Räten wenig Anklang. Der Zugang zur AHV ist jedoch für Sans-Papiers noch aktueller geworden, soll doch der Zugang zu Ergänzungsleistungen und Krankenkassen an den Besitz einer AHV-Nummer gekoppelt werden.

Beschäftigt hat uns auch die Änderung der Zivilstandsverordnung: Neu muss nun das Zivilstandesamt der Strafbehörde Straftaten melden. Ob zu diesen Straftaten auch der illegale Aufenthalt gehört und nicht bloss beispielsweise eine erzwungene Ehe, muss sich noch weisen.

Die Plattform kam zudem zum Schluss, dass wir all die kleineren Neuerungen, die für Sans-Papiers grosse Folgen haben, aufarbeiten sollten. Gegen die neue Bestimmung, wonach für eine PC-Eröffnung eine Wohnbestätigung erforderlich sei, müssen wir uns verstärkt einsetzen. Andere Ausweise wie der Pass sollten zur Identifikation ausreichen.

Beschäftigt hat uns auch, was wir unter dem Begriff Sans-Papiers verstehen. Gehören die abgewiesenen Asylsuchenden dazu? Wie verhalten wir uns gegenüber den verschiedenen rechtlichen Kategorien der Sans-Papiers. Diese Diskussion wird uns auch 2014 beschäftigen, da uns immer wieder aufstösst, dass wir unterschiedlich damit umgehen.

Zur Diskussion stand mehrmals die Lancierung einer Initiative: einerseits eine zum Diskriminierungsverbot, andererseits ein Entwurf der SP zur Arbeitsmigration. Die Plattform ist zwar keine juristische Person, die eine Initiative lancieren könnte. Einige SitzungsteilnehmerInnen erachteten jedoch eine migrationspolitische Initiative zum jetzigen Zeitpunkt als „Selbstmordvehikel“.

Die Plattform traf sich am 14.2., 25.4., 12.9. und 28.11. 2013. Dazwischen fanden mehrere Arbeitsgruppensitzungen statt. Der Kontostand beträgt ca. Fr. 5'000.